

Presse-Information

Wohnungswirtschaft: Geänderte Gemeindeordnung ist gut für die Wohnungspolitik

Mit der geplanten Änderung der Gemeindeordnung (GO) in NRW unterstützt die Landesregierung die kommunale Wohnungspolitik, so der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) vor der morgigen (5. November) Anhörung im Landtag. Denn durch die Änderung des §107 GO könnten kommunale Wohnungsunternehmen – entscheidende Partner der Städte in der Stadtentwicklungspolitik und bei Pilotprojekten - wieder gleichberechtigt zu privaten Unternehmen wirtschaften.

In ihrer jetzigen Form beschränkt die Gemeindeordnung kommunale Wohnungsunternehmen auf die reine Daseinsvorsorge. Bei der Projektentwicklung von Grundstücken etwa müssen sie außen vor bleiben. Mit dem Gesetzentwurf, der am 5. November von Experten bewertet wird, plant die nordrhein-westfälische Landesregierung, die Benachteiligung kommunaler Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen zurückzunehmen. Vor drei Jahren hatte die damalige, schwarz-gelbe Landesregierung kommunalen Unternehmen nur noch dann eine wirtschaftliche Betätigung erlaubt, wenn ein „dringender öffentlichen Zweck“ vorliegt und wenn andere Unternehmen diesen nicht „ebenso gut und wirtschaftlich“ erfüllen können. Während die öffentliche Diskussion oft auf Stadtwerke verengt wird, leiden laut VdW-Verbandsdirektor auch kommunale Wohnungsunternehmen unter diesem Gesetz. „Aus der rechtlichen Beratungspraxis wissen wir, dass Aufsichtsbehörden beabsichtigte Betätigungen in Stadtentwicklungsprojekten, in der Projektentwicklung von Grundstücken, in der Wohneigentumsverwaltung, im Bauträgersgeschäft und zur Steigerung der Energieeffizienz als nicht zulässig gewertet haben“, sagt Alexander Rychter.

Dabei seien gerade zu einer Zeit, in der die Politik darüber diskutiert, die Städtebauförderung zu kürzen und besonders die nichtinvestiven Maßnahmen zu

Presse-Information

streichen, starke kommunal nahe Partner wichtig für die Städte und Gemeinden.
Kommunale Wohnungsunternehmen stießen oft wichtige Pilot- und
Schlüsselprojekte der Stadtentwicklung an, bei denen sich andere Marktteilnehmer
zunächst zurückhielten. „Kommunale Unternehmen leisten Stadttrendite“, so Rychter.

Der VdW Rheinland Westfalen vertritt die Interessen von 445
Wohnungsunternehmen, darunter 67 kommunale und öffentliche
Wohnungsunternehmen in über 60 Städten und Gemeinden des Landes Nordrhein-
Westfalen.